

Tschad: Stellung der Ethnie Zaghawa und Situation von Frauen

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 10. Dezember 2024

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2024 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Dominanz der Zaghawa	4
Situation von (alleinstehenden) Frauen	5
Quellen	7

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expert*innen und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Wie gross ist der Einfluss der Zaghawa im Tschad?
2. Unter welchem Einfluss steht die Polizei? Stehen sie ebenfalls unter Zaghawa-Einfluss?
3. Wie ist die Stellung von alleinstehenden Frauen im Tschad?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Tschad seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Dominanz der Zaghawa

Ethnische Minderheit der Zaghawa dominiert Politik und Verwaltung. Neuere und ältere Quellen berichten übereinstimmend von einer angesichts ihrer geringen Grösse unverhältnismässigen Dominanz der Zaghawa-Ethnie im Politik- und Sicherheitsbereich (ICG, Mai, 2024; BTI, März 2024; CGRS-CEDOCA, Juli 2024; IRB, Dezember 2013; USDOS, April 2024). Die *International Crisis Group* (ICG) berichtet, dass die Gruppe etwas mehr als fünf Prozent der tschadischen Bevölkerung ausmacht, das Land aber seit mehr als 30 Jahren durch Allianzen mit Eliten aus dem Norden - insbesondere den Gruppen der Goran*innen und Araber*innen – kontrolliert (ICG, Mai, 2024). Gemäss einem Bericht der *Bertelsmann Stiftung* (BTI) vom März 2024 ist die tschadische Gesellschaft sehr stark differenziert, und Machtstrukturen sind eng mit ethnischen und religiösen Zugehörigkeiten verknüpft. Dies habe sich mit der Machtübernahme von Idriss Débys (Präsident zwischen 1991 und 2021) Sohn Mahamat noch verstärkt. Einflussreiche Mitglieder ethnischer Gruppen, die dem herrschenden Déby-Clan nahestehen - hauptsächlich aus der ethnischen Gruppe des Präsidenten (Zaghawa, insbesondere der Bideyat-Clan, aus tschadischen Araber*innen, Toubou und Goran) - geniessen gegenüber Menschen aus dem Süden des Landes und Ausländer*innen deutliche Vorteile. Da ethnische und religiöse Zugehörigkeiten in vielen Fällen verbunden sind, fühlten sich Christ*innen, die Gruppen aus dem Süden angehören, zunehmend ausgegrenzt (BTI, März 2024). Auch die *Länderanalyse des belgischen Generalkommissariats für Flüchtlinge und Staatenlose* (CGRS-CEDOCA) schreibt in einem Bericht vom April 2024, dass die ethnische Zugehörigkeit ein signifikanter Faktor im Land sei. Die Mitglieder des inneren Kreises der tschadischen Machthaber, darunter auch Débys verstorbener Vater, stammen hauptsächlich aus der nicht-arabischen Ethnie der Zaghawa (manchmal auch Beri oder Bideyat genannt), die nur drei bis fünf Prozent der Gesamtbevölkerung des Tschad ausmachen. Die Tatsache, dass diese demografische Minderheit seit den 1990er Jahren die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Systeme des Tschad kontrolliert, habe bei einem Grossteil der Bevölkerung zu ernsthafter Unzufriedenheit geführt. Der Bericht bezieht sich auf eine Studie über die staatliche Clanverwaltung aus dem Jahr 2021, wonach die Zugehörigkeit zur Zaghawa-Ethnie auch Zugang zur Klasse der «Unberührbaren» in der Nähe des Präsidenten und damit verbundene Vorteile verschaffen kann (CGRS-CEDOCA, Juli 2024).

1 www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte.

Zaghawas dominieren Schlüsselinstitutionen einschliesslich des Sicherheitsapparates.

Gemäss CGRS-CEDOCA wurde der derzeitige Präsident des Landes als Sohn eines Zaghawa-Vaters und einer Goran-Mutter geboren. Er ist mit Hilfe der alten Garde seines Vaters sowie westlicher Unterstützung an die Macht gekommen und wurde zum ersten Garanten für die Kontrolle der Zaghawa-Gemeinschaft über den tschadischen Sicherheitsapparat (CGRS-CEDOCA, Juli 2024). *Immigration and Refugee Board of Canada* (IRB) berichtete bereits im Jahr 2013 unter Berufung auf verschiedene Quellen, dass Mitglieder der ethnischen Gruppe der Zaghawa trotz ihres Minderheitenstatus 'einen grossen Einfluss auf die Regierung und die Politik im Tschad haben. Dabei würden die Zaghawa und andere ethnische Gruppen aus dem Norden das politische und wirtschaftliche System des Tschad kontrollieren und damit bei den mehr als 200 anderen ethnischen Gruppen des Landes Ressentiments hervorrufen (IRB, Dezember 2013). Das *US-Aussenministerium* (USDOS) hält in seinem Bericht fürs Jahr 2023 fest, dass Angehörige der Ethnie des Übergangspräsidenten – also der Zaghawa - einen unverhältnismässig hohen Anteil an zivilen und militärischen Posten besetzten, was auf Ungleichheiten beim Zugang zu Stellen und bei der Durchsetzung von Gesetzen hindeutet. Dabei beruhe die Vergabe von politischen Positionen sowie die Allianzen der Regierungsbehörden grösstenteils auf Clan- und ethnischen Zugehörigkeiten. Personen aus dem Norden, insbesondere Mitglieder der Zaghawa, sind in Schlüsselinstitutionen wie den Offizierskorps, Eliteeinheiten und dem Mitarbeiterstab des Präsidenten überrepräsentiert. Vorwürfe der ethnisch motivierten Rekrutierung durch die Polizei habe zu Bedenken hinsichtlich des gleichberechtigten Zugangs zu Stellen im Sicherheitsdienst geführt. Von USDOS zitierten Medienberichten zufolge gehören drei Viertel der neuen Polizeirekrut*innen zu kleinen ethnischen Gruppen aus dem Norden, was zu Vergeltungsmassnahmen gegen diese Gruppen geführt habe (USDOS, April 2024).

3 Situation von (alleinstehenden) Frauen

Diskriminierung von Frauen und Mädchen im Bereich Bildung und in öffentlichen Ämtern. BTI und USDOS berichten übereinstimmend von der Diskriminierung von Frauen und Mädchen im Bildungsbereich (BTI, März 2024; USDOS, April 2023). Gemäss Angaben von BTI haben Mädchen und Frauen keinen angemessenen Zugang zu Bildungseinrichtungen und öffentlichen Ämtern. Die Genderungleichheit sei schon in jungen Jahren sichtbar. Bei der im Tschad allgemein sehr niedrigen Alphabetisierungsrate von 22,3 Prozent ist zudem ein ausgeprägter Gender Gap festzustellen: Während 31,3 Prozent der Männer alphabetisiert sind, können nur gerade 14 Prozent der Frauen lesen und schreiben (Stand Jahr 2016) (BTI, März 2024). USDOS beruft sich auf einen Bericht des *Statistischen Instituts der UNESCO* aus dem Jahr 2019, wonach etwa 65 Prozent der Mädchen die Grundschule besuchte, verglichen mit 82 Prozent der Jungen. Ähnliche genderspezifische Unterschiede bestanden auch in der Sekundarstufe, wo etwa 13 Prozent der Mädchen eingeschrieben waren, verglichen mit 23 Prozent der Jungen. Laut dem *Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen* ist die Einschulungsrate und der Verbleib von Mädchen in der Grundschule in Regionen, die von humanitären Krisen betroffen sind, stärker zurückgegangen als in den Vorjahren. Weiter zitiert USDOS einen im März 2024 veröffentlichten Bericht des *Georgetown Institute for Women, Peace, and Security*, welcher die durchschnittliche Anzahl der Schuljahre für Mädchen auf weniger als zwei beziffert (USDOS, April 2024).

Frauen im Eigentums- und Erbrecht teilweise benachteiligt; Rechtspluralismus. Gemäss USDOS gewähren Eigentums- und Erbrechtsgesetze Frauen den gleichen Rechtsstatus und

die gleichen Rechte wie Männern, aber die Gesetze gegen Genderdiskriminierung würden nicht wirksam umgesetzt. In vielen Gemeinden werden Frauen aufgrund von kulturellen und religiösen Normen und Praktiken in den Bereichen Erbschaft, Eigentum und Wohnraum diskriminiert. Frauen könnten oft kein Eigentum von ihrem Vater oder Ehemann erben. Darüber hinaus würden die meisten Erbstreitigkeiten von lokalen Autoritäten nach traditioneller Praxis zugunsten von Männern entschieden. Laut einer E-Mail-Auskunft des *an der Universität Zürich tätigen Anthropologen Jan Patrick Heiss*, der im Tschad und anderen Ländern der Sahelzone geforscht hat, wird die Frage des Erbrechts in unterschiedlichen Teilen des Landes unterschiedlich gehandhabt. Gemeinhin gebe es das «traditionelle», (im islamisierten Norden) das islamische sowie das formelle staatliche Erbrecht, wobei keine Aussage dazu gemacht werden kann, welche Rechtsform wo in welchem Ausmass angewandt wird. Im islamischen Erbrecht würden Söhne zwei Drittel und Töchter einen Drittel erben, wobei das Land oft bei den Söhnen verbleibe – dies vor dem Hintergrund, dass es nach gesellschaftlicher Vorstellung den Männern obliegt, die Frauen zu ernähren (E-Mail-Auskunft des Anthropologen Jan Patrick Heiss vom 10. Dezember 2024 an die SFH).

Einschränkungen in der Berufswelt, beschränkter Zugang zu Lohnarbeit. USDOS berichtet von gesetzlichen Beschränkungen für die Beschäftigung von Frauen in Berufen, die als gefährlich, beschwerlich oder «moralisch unangemessen» gelten, so zum Beispiel in Branchen wie dem Bergbau, dem Bauwesen oder in Fabriken (USDOS, April 2023). Unter Berufung auf verschiedene Quellen berichtet das kanadische *Immigration and Refugee Board* in einer älteren Publikation von 2015 von Diskriminierung beim Zugang zu Beschäftigung, Krediten und Lohngerechtigkeit sowie beim Besitz von Unternehmen. Wegen der fehlenden Chancengleichheit bei der Bildung oder Ausbildung sei es für Frauen zudem schwieriger, sich um Arbeitsplätze in der formellen Wirtschaft zu bewerben (IRB, Juli 2015). Der *Anthropologe Jan Patrick Heiss* merkt an, dass es in bestimmten Regionen gar keine Lohnarbeit in nennenswertem Ausmass gibt. In städtischen Gebieten gebe es formelle Lohnarbeit, zu der die meisten Frauen und Männer aber keinen Zugang haben dürften. Frauen würden eher ein Handwerk betreiben, z.B. Stoffe weben, Nahrungsmittel verkaufen oder ein kleines Feld bestellen. Wenn die Frauen die finanziellen Mittel dafür hätten, dürften diese beruflichen Aktivitäten gesellschaftlich gesehen kein Problem darstellen (E-Mail-Auskunft des Anthropologen Jan Patrick Heiss vom 10. Dezember 2024 an die SFH).

Kinderehen, FGM und sexualisierte Gewalt sind weit verbreitet; unzureichender staatlicher Schutz. Gemäss BTI werden mehr als zwei von drei Mädchen als Kinder mit erwachsenen Männern verheiratet, obwohl dies gesetzlich verboten ist. Gewalt gegen Frauen, auch sexualisierte Gewalt, ist im ganzen Land weit verbreitet und wird in weiten Teilen der Gesellschaft akzeptiert. Obwohl gesetzlich verboten, werden Mädchen minderjährig verheiratet und brechen oft vorzeitig die Schule ab (BTI, März 2024). USDOS berichtet, dass Vergewaltigungen verbreitet sind und Vergewaltigungsfälle selten vor Gericht gebracht werden. Die Behörden würden Geldstrafen gegen Vergewaltigungsverdächtige verhängen und liessen sie dann wieder frei. Teilweise würden Vergewaltigungsoffer gezwungen, ihre Vergewaltiger zu heiraten. Genderbasierte Gewalt sei allgemein weit verbreitet, wobei die Polizei aber nur selten intervenieren würde und Frauen nur begrenzte rechtliche Beschwerdemöglichkeiten hätten. Sexuelle Belästigung, sowohl verbal als auch körperlich, seien auf allen Ebenen der Gesellschaft weit verbreitet und richte sich in der Regel gegen Frauen. Obwohl das Gesetz Strafen für sexuelle Belästigung vorsieht, setzte die Regierung das Gesetz nicht wirksam durch. Weibliche Genitalverstümmelung respektive Beschneidung (FGM/C) ist per Gesetz zwar verboten, aber die Praxis ist gemäss USDOS immer noch weit verbreitet, insbesondere in

ländlichen Gebieten. Laut Gesetz könnte FGM/C als eine Form von Körperverletzung verfolgt werden, aber das Fehlen spezifischer Strafen verhindert eine strafrechtliche Verfolgung. USDOS beruft sich auf Angaben von *Freedom House*, wonach etwa ein Drittel der tschadischen Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren von FGM/C betroffen sind (USDOS, April 2023).

Unverheiratete, getrennte und geschiedene Frauen können auf Schwierigkeiten beim Mieten von Wohnraum stossen. Gemäss USDOS müssen Frauen, die ein Haus mieten wollen, oft nachweisen, dass sie verheiratet sind, während Männer ohne solche Bedingungen Wohnraum mieten können. IRB schreibt in seinem Bericht vom Juli 2015, dass die Informationsslage bezüglich der Möglichkeiten von Frauen, alleine zu leben, sehr beschränkt sind. Es wird jedoch festgehalten, dass es für Frauen sehr schwierig ist, Zugang zu Land zu erhalten, da dieses Recht traditionell Männern vorbehalten sei. Gemäss der im Bericht zitierten Präsidentin der *Association des femmes juristes du Tchad* (AFJT) ist es in den grossen Städten des Tschad für Frauen nicht verboten, allein zu leben: Viele täten dies, unabhängig davon, ob sie Witwen seien oder nicht. Sie fügte hinzu, dass «verbaler oder körperlicher Missbrauch» von Frauen in grossen Städten «häufig» vorkomme, unabhängig davon, ob Frauen allein lebten oder nicht (IRB, Juli 2015).

Stellung von Frauen in Sorgerechtsfragen. USDOS berichtet in seinem Jahresbericht 2023, dass Frauen, die die Scheidung von Männern beantragen, oft mit einem Verfahren rechnen müssen, das drei Mal so lange dauert wie bei Männern. Während der Zugang zu finanziellen Ressourcen in Sorgerechtsfällen in der Regel den Männern zugutekomme, gewährten einige Gerichte wirtschaftlich benachteiligten Frauen das Sorgerecht, da sie gezeigt hätten, dass sie die Kinderbetreuung besser übernehmen können als die finanziell besser gestellten Männer (USDOS, April 2024). Gemäss dem Anthropologen *Jan Patrick Heiss* gehört ein im Rahmen einer Ehe gezeugtes Kind in patrilinearen Gesellschaften zum Verwandtschaftsverband des Vaters. Es würde im Falle einer Scheidung allerdings bis zur Entwöhnung bei der Mutter bleiben. Ausserehelich gezeugte Kinder hingegen würden beim Verwandtschaftsverband der Mutter verbleiben. In einem derartigen Fall obliege das Sorgerecht dann aber nicht unbedingt vollständig der sorgeberechtigten Mutter, sondern werde mit den eigenen Eltern, Brüdern oder Schwestern geteilt (E-Mail-Auskunft des Anthropologen Jan Patrick Heiss vom 10. Dezember 2024 an die SFH).

4 Quellen

BTI, März 2024:

«The previous constitutions and the transitional constitution guarantee equality before the law and forbid discrimination on ethnic, religious or gender-based grounds. However, Chadian society is highly stratified and power structures and (supposed ethnic and religious) affiliation are highly linked. This increased with the power takeover of Déby's son Mahamat. Influential members of ethnic groups close to the ruling Déby clan, mainly from the president's ethnic group (Zaghawa, especially the Bideyat clan, from Chadian Arabs, Toubou and Goran) enjoy distinct advantages compared to southerners and foreigners. As ethnic and religious affiliations are in most cases linked, Christians belonging to southern groups feel increasingly marginalized.

Girls and women lack adequate access to educational institutions and public office. The woefully inadequate education sector is barely functioning and costs to parents for educating

their children are high. **The Chad Gender Inequality Index has declined from a low 0.688 (2020) to 0.652 in 2021. Gender inequality is visible at an early age. The literacy rate has declined drastically to 14.0% for women and 31.3% for men, with an overall average of 22.3% in 2016.** The Gender Parity Index for the ratio of female to male enrollment in private and public schools is 0.8 at the primary level, 0.5 at the secondary and 0.3 at the tertiary level. Some 89.2% of girls are enrolled in primary school, 20.6% in secondary school, and just 3.3% at the tertiary level. More than two out of three girls are married as children to adult men, although this is forbidden by law.

Women make up 32.3% of members of parliament (2021). Women comprise less than half of the labor force, namely 40.5%. There are several female leaders in civil society. Lawyer and human rights activist Jaqueline Moudeina leads the Chadian Football Association. **Violence, including sexual violence, against women is a common occurrence across the entire country and accepted in large parts of the society. Although forbidden by law, girls are married underage and often leave school early.** Socially, homosexuality is completely unacceptable and is classified by law as a petty offense. » Quelle: Bertelsmann Stiftung, BTI 2024 Country Report Chad, 19. März 2024: https://www.ecoi.net/en/file/lo-cal/2105827/country_report_2024_TCD.pdf.

CGRS-CEDOCA, Juli 2024 :

«1.2. Identités régionales et ethniques

L'appartenance ethnique est une donnée significative dans le pays²³. L'annexe 2 propose une carte relative à la répartition des principaux groupes ethniques. **Idriss Déby a accédé au pouvoir en 1990 en menant des forces rebelles qui ont renversé Hissène Habré, membre de l'ethnie gorane, l'une des deux principales communautés Toubou. Les Goranes sont depuis lors plutôt hostiles au pouvoir en place**²⁴. Les membres du cercle intérieur du pouvoir tchadien, y compris le défunt père de Déby, sont principalement issus de l'ethnie non arabe des Zaghawa (parfois nommés Béri ou Bideyat)²⁵, qui ne représente que 3 à 5 % de la population totale du Tchad^{26,27}. Le fait que cette minorité démographique contrôle les systèmes militaires, politiques et économiques du Tchad depuis les années 1990 a créé un mécontentement sérieux parmi une grande part de la population²⁸. Sur le plan militaire, le défunt père de Déby avait construit une coalition de Zaghawa, d'Arabes, de Toubou et de Goranes qui s'est maintenue pendant ses mandats présidentiels. Sur le plan civil, il avait élargi ce bloc en ralliant tactiquement d'autres groupes « sudistes », tout en accordant beaucoup moins de poids à ces groupes et leurs représentants²⁹. La base du pouvoir est donc très étroite. Cela a été un facteur majeur d'instabilité au cours des trente dernières années, aggravé par les divisions entre les dirigeants zaghawa eux-mêmes au sujet du règne de la dynastie Déby³⁰. **Selon une étude en 2021 portant sur la gestion étatique clanique, l'appartenance à l'ethnie des Zaghawa est remplie d'enjeux et peut ouvrir la porte à la classe des « intouchables » (proche de la présidence) et à ses avantages**^{31,32}. Le président actuel du pays est né d'un père zaghawa et d'une mère gorane^{33,34}. Il a été porté au pouvoir avec l'appui de la vieille garde de son père et de soutiens occidentaux, devenant le premier garant de la mainmise de la communauté zaghawa sur l'appareil sécuritaire tchadien³⁵...» Quelle : Office of the Commissioner General for Refugees and Stateless Persons (Belgium), COI unit (CGRS-CEDOCA), Tchad; Situation sécuritaire, 12. Juli 2024: https://www.ecoi.net/en/file/lo-cal/2112356/coi_focus_tchad_situation_securitaire_20240712.pdf.

ICG, Mai 2024:

«La mort de Dillo est un exemple flagrant des dissensions montantes à l'intérieur du clan Zaghawa, dont la famille Déby fait partie. Ce clan représente un peu plus de 5 pour cent de la population tchadienne mais contrôle le pays depuis 30 ans en s'appuyant sur d'autres élites du nord, appartenant aux groupes Goranes et Arabes.» Quelle : International Crisis Group, Tchad : prévenir les risques d'instabilité après la transition, 3. Mai 2024 : <https://reliefweb.int/report/chad/tchad-prevenir-les-risques-dinstabilite-apres-la-transition>.

IRB, Juli 2015:

«5. The Possibility for a Woman to Live Alone

Information on the possibility for a woman to live alone in Chad was scarce among the sources consulted by the Research Directorate within the time constraints of this Response.

According to the FIDH et al. report , it is "very difficult" for women to gain access to land in Chad because that right is traditionally reserved for men (FIDH et al. Mar. 2010, 32).

The US Department of State's Country Reports on Human Rights Practices for 2014 indicates that exploitations of and discrimination against women is "widespread" in Chad (US 25 June 2015, 17). According to the same source, women face discrimination in access to employment, housing, credit and pay equity as well as in owning businesses (ibid.). In addition, women do not have equal opportunities for education or training, which makes it difficult for them to compete for jobs in the official economy (ibid.).

The President of the AFJT explained that, in Chad's major cities, it is not illegal for a woman to live alone and that [translation] "many" women do it, whether they are widows or not (AFJT 1 July 2015). She added that [translation] "verbal or physical abuse" targeting women is "frequent" in major cities, whether women live alone or not (ibid.).»

Quelle: Immigration and Refugee Board of Canada (IRB), Chad: Custom of levirate, particularly the tradition among the Zakawa [Zagawa, Zaghawa, Zakhawa], including frequency and recourse available to victims; possibility of a woman living alone in major cities (2014-July 2015), 17. Juli 2015: https://www.ecoi.net/en/file/local/1134210/458208_en.html.

IRB, Dezember 2013 :

«Various sources note that members of the Zaghawa ethnic group hold a large degree of power in the government and in Chadian politics despite their minority status (US 19 Apr. 2013, 17; ACCORD 2008, 27; Freedom House 2013). The US Department of State's Country Reports on Human Rights Practices for 2012 describes Zaghawa people and other northerners as "overrepresented in key institutions of state power, including the military officer corps, elite military units, and the presidential staff" (19 Apr. 2013, 17). The 2012 Political Handbook of the World (PHW) notes that the Zaghawa have "dominated political affairs since the installation of the Déby regime in 1990" (256). Freedom House asserts that the members of the Zaghawa and other northern ethnic groups "control Chad's political and economic systems, causing resentment among the country's more than 200 other ethnic groups" (2013). » Quelle: Immigration and Refugee Board of Canada (IRB), Chad: The Gorane and Zaghawa ethnic groups, including their history and relationship; treatment of Gorane women by Zaghawa men; whether a single woman can relocate from N'Djamena to another area of the country, including treatment by society and authorities, access to social services (2012-December 2013, 16. Dezember 2013: <https://www.ecoi.net/en/document/2021473.html>.

USDOS, April 2024:

« SYSTEMIC RACIAL OR ETHNIC VIOLENCE AND DISCRIMINATION

*Both the constitution and transitional charter provided for the protection of “fundamental rights and freedoms” for all citizens and for legal equality regardless of race, origin, or religion. **Members of the Zaghawa, the transitional president’s ethnic group, occupied a disproportionate share of civilian and military posts, suggesting imbalances in access to opportunity and enforcement of laws guaranteeing equal protection for all.***

Government authorities often awarded political positions and formed alliances based largely on tribal and ethnic affiliations. Political parties and groups generally had readily identifiable regional or ethnic bases. Northerners, particularly members of the Zaghawa, were overrepresented in key institutions, including the military officer corps, elite military units, and presidential staff.

Allegations of ethnically driven recruitment by the police force raised concern over discriminatory access to security service jobs. Media reports in February reported that three-quarters of new police recruits were from small northern ethnic groups, which fueled retaliation against these groups.

[...]

WOMEN

*Rape and Domestic Violence: The law provided that rape, including rape of women refugees, was punishable by up to 30 years in prison. The law did not specifically address spousal rape, corrective rape of LGBTQI+ persons, the gender of survivors, or domestic violence. Nevertheless, rape was a problem. **Police often detained alleged perpetrators, but rape cases were rarely tried. Authorities fined and released most rape suspects, according to local media. Communities sometimes compelled rape survivors to marry their attackers.***

Although the law prohibited violence against women, gender-based violence was widespread. Police rarely intervened, and women had limited legal recourse.

Female Genital Mutilation/Cutting (FGM/C): The law prohibited FGM/C for girls and women, but the practice remained widespread, particularly in rural areas. By law, FGM/C could be prosecuted as a form of assault, but a lack of specific penalties hindered prosecution. According to a Freedom House report during the year, approximately a third of women aged 15 to 49 experienced FGM/C.

Other Forms of Gender-based Violence or Harassment: Sexual harassment, both verbal and physical, was widespread at all levels of society and typically targeted women. Even though the law provided penalties for sexual harassment, the government did not effectively enforce the law.

Discrimination: Although many property and inheritance laws provided the same legal status and rights for women as for men, the government did not enforce the laws against gender discrimination effectively. Inheritance, property, and housing practices frequently discriminated against women due to cultural and religious norms and practices in many communities. There were legal restrictions on women’s employment in occupations deemed hazardous, arduous, or “morally inappropriate” and in industries such as mining, construction, and factories. Women generally were not permitted to work at night, more than 12 hours a day, or in jobs that could present “moral or physical danger,” which was not defined.

Women often could not inherit property from their father or husband. Additionally, local leaders settled most inheritance disputes in favor of men, according to traditional practice. Women seeking to rent a house often had to prove they were married, while men were able often to rent without a similar burden. Women requesting divorce from men often faced a process that took three times as long as men. While access to financial resources typically benefited men in child custody cases, some courts granted child custody to economically disadvantaged women who demonstrated a better ability to care for children over better-resourced men.

[...]

CHILDREN

Education: According to a UNESCO Institute for Statistics 2019 report, approximately 65 percent of girls enrolled in primary school, compared with 82 percent of boys. Similar gender disparities persisted through secondary school, where approximately 13 percent of girls enrolled, compared with 23 percent of boys. According to the World Food Program, primary school enrollment and retention of girls in regions experiencing humanitarian crises fell at higher rates than seen in previous years, and a report released by Georgetown Institute for Women, Peace, and Security in March calculated the mean number of years in school for girls at less than two. NGOs estimated that close to 40 percent of the refugees from Sudan were school-age children and many reported challenges in accessing education.» Quelle: US Department of State (USDOS), 2023 Country Report on Human Rights Practices: Chad, 23. April 2024: <https://www.ecoi.net/en/document/2107643.html>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.